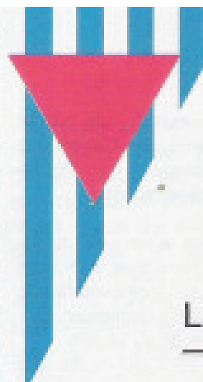


DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Marz 03/2001

Der 04. Februar im Schnee

Den Kämpfern der Bremer Räterepublik sei die Zukunft wie unberührter Schnee erschienen. Sie hätten optimistisch mit der Waffe in der Hand für die radikale Umwälzung des reaktionären kaiserlichen Deutschlands gekämpft, in Fehleinschätzung der Möglichkeiten der historischen Situation, so Konrad Kunick (MdB) in seinen einführenden Worten bei der diesjährigen Veranstaltung zum Gedenken der Bremer Räterepublik. Wir dagegen wüssten heute wie grausam und blutig zerwühlt diese Zukunft geworden ist, wie hoch sich die Kosten mancher Irrwege summiert hätten.

Der Hauptgedanke des zweiten Redners, Armin Stolle war ebenfalls ein skeptischer: Die Teilhabe der gewöhnlichen Bürger an der Macht sei nach wie vor minimal, woran auch die Teilhabe an der Informationsgesellschaft in Wirklichkeit nichts ändere. Gefragt sei der "Konsument", der sich besinnungslos alle Angebote einverleibe. Stolle warnte vor der Kampfbereitschaft der "sich an der Macht befindlichen Kräfte" mit ihrer "monarchischen Selbstgerechtigkeit", die mit Sicherheit einen echten Widerstand gegen Krieg, Atomtechnik, Genforschung oder Rassismus wie in anderen Ländern auch mit polizeilicher und militärischer Gewalt niederzuschlagen bereit seien.



Konrad Kunick während seiner Rede am Mahnmal für die Bremer Räterepublik auf dem Waller Friedhof

Mit Rückgriff auf Hannah Arendt belegte er die sprengende revolutionäre Wirkung des Rätewesens als der eigentlichen politischen Form. Ob sich der berechtigte Widerstand in dieser oder anderen Formen frei machen werde, ließ er offen.

Für die VVN-BdA rief Willy Hundertmark die über 100 Anwesenden dazu auf, über alles Trennende hinweg gemeinsam an Zielen zu arbeiten.

Im "Westend" brachten anschließend Kaffee und Otmar Leists Lesung über die Aufstellung des "Deserteur-Denkmals" Erwärmung in die Runde.

Thomas

Eine Bitte

Der Trend zur bargeldlosen Zahlung setzt sich auch in unseren Reihen durch. Ein großer Teil unserer Mitglieder entrichtet bereits den Mitglieds-, BAF-, FIR- und ar-Beitrag per Überweisung mit einem monatlichen, vierteljährlichen, halbjährlichen oder jährlichen Dauerauftrag.

Bei der heutigen Hektik unterbleibt jedoch bei einem weiteren Teil die Überweisung und ich bin gehalten, Erinnerungsschreiben zu schicken, wodurch nicht unerhebliche Kosten anfallen.

Da wir zur Durchführung unserer notwendigen antifaschistischen Aufgaben auf jede Mark angewiesen sind, bitten wir alle Mitglieder, bei denen keine Hauskassierung erfolgt, ihrer Bank einen entsprechenden Dauerauftrag zu erteilen. Nach Eingang des Jahresbeitrages werden die Marken umgehend zugestellt.

Friedel

Kreuzritter Jens M.

General a.D. Schönbohm (CDU), Innenminister in Brandenburg, hat bereits, wie er verkündete, "das Schwert gezogen."

Der ultrarechte Bremer Pastor Motschmann hat sich ebenfalls wieder auf einen Kreuzzug begeben. Das Opfer seiner bekannten Tiraden ist dieses mal nicht etwa der Richter Dönitz im Guben-Prozess, sondern Michel Friedman, Vizepräsident des Zentralrats der Juden, der am Gedenktag für die ermordeten Bremer Jüdinnen und Juden (der Reichspogromnacht) eine würdige Ansprache hielt und für die Verbrechen mit rechtsradikalem Hintergrund, die in der Neuzeit hier ablaufen, genau die richtigen Worte gefunden hatte.

Bei einer Nachlese dieser Veranstaltung am Landherrnamt hat es sogar Stimmen sonst besonnener Leute gegeben, für die Friedman in seiner Ansprache noch zu nachsichtig zu diesem Komplex wirkte.

Es wird aber für diese drei Kreuzritter nicht wieder so einfach werden, da hilft auch der Truppenteil Michael Glos, Roland Koch, Martin Hohmann, Edmund Stoiber, Erika Steinbach (sämtlich CDU/CSU) u.a. nicht viel weiter. Michel Friedman, Paul Spiegel stehen in der Bundesrepublik nicht allein. Kultur in Deutschland ist vielseitig.

Ingrid

Dieser Artikel sollte schon im Dezember erscheinen. Er passt sich gut in die Diskussion um Jens Motschmann ein. Auf Seite 4 steht noch mehr über seine Entgleisungen. Ob er überhaupt noch tragbar für die Bremische Evangelische Kirche (BEK) ist, muss sie bald mal entscheiden. Er hat in Bremen politisch starke Fürsprecher (z.B. seine Frau). Somit ist es an uns nun ebenso starke Partner zu finden.

Gerold

Die Heuchelei der "3 M" der CDU

Merkel, Metz und Meyer bemühen sich redlich in jedes nur denkbare Fettnäpfchen zu treten. Da versuchen sie Fischer und Trittin mit deren angeblicher oder tatsächlicher terroristischer Uralt-Vergangenheit abzuschießen und Kanzler Schröder lassen sie in Verbrecherkarteimanier aufs CDU-Plakat montieren. Welch entsetzlich verlogenes Moralisieren.

"Unser Willy" hat dazu zwei Artikel geschrieben, die die Redaktion des BAF zu einem Beitrag zusammengefasst hat.

Wie alles kam

Am 29. August 1950 überreichte Adenauer dem Hochkommissar der US-Amerikanischen Besatzungsmacht ein geheimes Memorandum über die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland. Als der damalige Innenminister Gustav Heinemann (CDU) davon erfuhr, trat er aus Protest zurück.

In der Folgezeit entwickelte sich unter den Parolen "Ohne mich" und "Ohne uns" eine breite Volksbewegung gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag mit Deutschland. Adenauer reagierte darauf mit dem Verbot zahlreicher demokratischer Organisationen und Polizeieinsätzen gegen Demonstrationen und Kundgebungen. 1955 beschloss der Bundestag den Beitritt der BRD zur NATO, 1956 die Wehrpflicht und am 17. August 1956 beschloss das Bundesverfassungsgericht das Verbot der KPD. 1957 nahm die Bundesregierung unter Adenauer Kurs auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr.

Weil diese Politik in tiefem Widerspruch zu den Interessen der großen Mehrheit des Volkes nach einem vereinigten, friedlichen Deutschland stand und außerdem den Bruch der 1945 getroffenen internationalen Abmachungen bedeutete, kam es zu ungezählten gewaltigen Massenprotesten, die Anfang der 60er Jahre in den Ostermärschen mündeten, die auf ihrem Höhepunkt 1968 300.000 Bundesbürger auf die Straßen brachten.

Im Zusammenhang damit, dass dennoch das herrschende Regime - wenn auch mit Verzögerung - seine Pläne durchsetzte und besonders nachdem die Führungen der SPD und des DGB 1959/60 zur Nationalpolitik überliefen, wurden die Kräfte stärker, die bereit waren, der Gewalt des Staates, den Prügelorgien der Polizei auch mit Gewalt entgegenzutreten.

Denen, die heute dem einen oder anderen gewaltbereiten Teilnehmer im Kampf für Abrüstung, gegen Atombewaffnung und Vietnamkrieg seinen damaligen Einsatz vorwerfen, ist jedoch zu sagen:
Am Anfang stand die CDU-Politik der Verbote von Volksbefragungen und demokratischen Organisationen und der von dem Adenauer-Regine befohlenen Terroreinsatz von Polizeieinheiten in dem Ergebnis, dass einst Friedenskämpfer und Antifaschisten wie Philipp Müller und Benno Ohnesorge erschossen wurden.
Und zum Anderen:
Angesichts des Wandels den Joschka Fischer und Jürgen Trittin vollzogen haben, ist die böse Absicht, den politischen Gegner mit an den Haaren herbeigezogenen Behauptungen und "ollen Kamellen" zu diffamieren zu offensichtlich. Es ist nur gut, dass sich die '3-CDU-M' ein Eigentor geschossen haben.

Willy

Zum 3. Senatsbericht über "Rechtsextremismus"

In Folge der plötzlichen "Rechtsextremismus-Diskussion" des vergangenen Spätsommers forderte die Bremische Bürgerschaft am 13.9.2000 dem Senat einen Bericht zum Thema ab. Der seit Dezember vorliegende 52seitige Text ("1933-2000. Dritter Bericht des Senats über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen") sollte sich auf eine qualitative Bewertung der bereits ergriffenen Maßnahmen konzentrieren.

Eingangs wird die Situation des neofaschistischen Lagers in Bremen mehr schlecht als recht referiert. (Dieser Teil stimmt mit dem bereits im letzten BAF kritisierten Verfassungsschutz-Text zum Thema überein.) Es folgt eine kurze Zusammenfassung der Themen "Ursachen des Rechtsextremismus" und "Gegenstrategien", die den Schwerpunkt des früheren Zweiten Berichts (1993) bildeten. Die AutorInnen machen es sich etwas einfach, wenn sie behaupten, dass diese Analysen "niemals grundlegend in Frage gestellt worden" sind.

Der verengt sozialpsychologischen Leitlinie, die zur theoretischen Grundlage des gesamten folgenden Maßnahmenpakets erhoben wird, wurde sehr wohl widersprochen. "Verengt" allein schon deshalb, weil sich die Projekte fast ausnahmslos an Jugendliche richten, wobei übrigens das Segment der Jugendlichen, die sich bewusst gegen Rechts engagieren, nicht als Zielgruppe definiert und ihm (mit einer Ausnahme in Bremerhaven) keine Angebote gemacht oder Unterstützung angeboten wurde. So weist der Bericht beispielsweise keine Initiative auf, die sich speziell an alte Menschen richtet, obwohl diese signifikant stärker zu autoritären usw. Einstellungen neigen als der Durchschnitt.

Die vier entwickelten strategischen Ziele bestehen demnach in einer Förderung von Schul- und Ausbildungsabschlüssen, einer Stärkung der Werte-Orientierung und der Abwehr von Bindungs- und Orientierungslosigkeit, sowie in Wohnumfeldverbesserungen. Es folgen lange Auflistungen über Konzepte und Maßnahmen zur Umsetzung dieser Zielstellung. So weit, so gut.

Was der Bericht nicht benennt und was die AutorInnen auch nicht benennen konnten, sind die Widersprüche, die zwischen den Projekten insbesondere der Ausländerbeauftragten, aber auch anderer Dienststellen und der grundsätzlichen Ausrichtung der Senatspolitik bestehen.

So wird herausgestellt, dass das Herstellen "sozialer Bindungen" grundlegend für Präventionsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ist. Das ist zweifellos richtig. Die rabiate Wirtschafts- und Sozialpolitik des Senats, gerechtfertigt durch die Ideologie des Neoliberalismus, orientiert jedoch bekanntlich auf das Gegenteil, die "Vermarktwirtschaftlichung" der sozialen Systeme und Beziehungen. Die Erläuterungen zu jugendspezifischen Projekten werden konterkariert durch die Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe. Die Anstrengungen zur Integration von ZuwanderInnen werden durch Abschiebungen auch von Kindern und Jugendlichen, begleitet von fremdenfeindlichen Äußerungen zuständiger Politiker, unterhöhlt.

Dem Anspruch einer qualitativen Auswertung der Projekte kommt der Bericht nur unzureichend nach, konnte aufgrund der plötzlichen Eile der politischen Führung wohl auch nicht eingelöst werden. So bleibt weitgehend offen, welche der zahlreichen Projekte sich gelohnt haben oder wie Kooperationen (auch mit der VVN-BdA, deren Neofaschismus-Ausstellung seltsamerweise dem "Magistrat der Seestadt Bremerhaven" zugeschlagen wird) inhaltlich vertieft werden können.

Den Abschluss des Berichts bilden ein kurzer Galopp durch "zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus" im Lande Bremen und die Formulierung von zehn "operativen Leitlinien" für das Handeln der Behörden. Die Widersprüche zwischen z.T. klugen und überlegten Einzelmaßnahmen und der Gesamtlinie können auch in diesen nicht aufgelöst werden.

Thomas

Widerstand ist unverzichtbar

Zum 5. Mal trafen sich Mitglieder und Sympathisanten der nördlichen Landesverbände von VVN-BdA und VVdN-BdA am 19. - 21. Januar zu einer Nordkonferenz, wieder einmal im Wohn- und Ferienheim Heideruh. Die Tagesordnung sah vor, im wesentlichen aktuelle Entwicklungen im Neofaschismus und in einem zweiten Teil die Zukunft des Antifaschismus anhand der Thesen des Kameraden Ludwig Elm zu erörtern. Zeitweise waren rund 40 TeilnehmerInnen beteiligt, darunter in erfreulichem Maße jüngere AntifaschistInnen aus Schwerin, Harburg, Rotenburg/Wümme.

Jüngste Umfragen der Friedrich-Ebert-Stiftung belegen, dass in weiten Zonen des Landes das Wegschauen eine Übereinstimmung in wesentlichen Inhalten rassistisch-nationalistischen Denkens signalisiert. Wenn 64% der Befragten eine starke Hand fordern, 59% meinen, Recht und Ordnung seien in Gefahr, 17% gar die Auffassung vertreten, eine einzelne Partei sei besser als viele, so ist von einer begünstigenden Grundströmung für militantes neofaschistisches Auftreten auszugehen. 12% der Befragten immerhin äußern Verständnis für Gewalt gegen Ausländer, in der Wahl der Opfer fallen verstärkt sozial Benachteiligte brutalen Morden zum Opfer.

In den Mittelpunkt seines Vortrags stellte Thomas die Entwicklung im neofaschistischen Lager während der letzten 18 Monate. Dem Aufsaugen terroristischer Elemente verschiedener "Kameradschaften" und faschistischer Splittergruppen folgte im Sommer mit der Verbotsdrohung in der NPD die Auseinandersetzung um eine veränderte Stategie. Zeigte sich die "alte" NPD in den vergangenen Jahren bei der Ausübung von Gewalt und auf dem Feld der Ideologie nach rechts offen, so verstärkt sich jetzt der Druck, legal handeln zu müssen. Noch gelingt es ihnen, über Wahlkampffinanzierung jährlich eine Million DM zu kassieren (gegenüber 2,6 Mio. für die DVU und 5,8 Mio. für die REP). Entgegen einem anderslautenden Beschluss der NPD-Parteispitze wird die Auseinandersetzung auf der Straße gesucht.

Verstärkt streben "freie Nationalisten" zum Kampf gegen Polizei und Institutionen. Für sie ist die Beteiligung an Wahlen und jede Legalität verzichtbar. Organisationsmethode ist die "führungslose" Vernetzung. Funktionäre wie Steffen Hupka werden im internen Machtkampf aus taktischen Gründen ausgeschlossen. Die NPD-Spitze sammelt verstärkt Gelder, verkauft Immobilien, stellt sich auf ein Verbot ein. Ein Plan B soll einer Bemerkung ihres Vorsitzenden Udo Voigt zufolge eine Verlagerung der Organisationsstruktur ins Ausland (in die Alpen vielleicht oder in die Ukraine?) vorsehen. Zugleich verstärken sich Netzwerke im Internet, die über Schwarze Listen zur Menschenjagd gegen weltanschauliche Gegner aufrufen. Über die Auswirkungen eines Verbots kann nur spekuliert werden. Der von Bundeskanzler Schröder vollmündig angekündigte "Aufstand der Anständigen" wird nur mühsam gestützt von Showeffekten. Währenddessen stehen REPs, Vlaams Blok (Belgien) und andere auf legaler Basis operierende Parteien europaweit bereit, die Linke zurückzudrängen. Auf "legale" Weise soll das breite Bewusstsein über Deutschland als Land der Täter revidiert werden. Sie stellen sich dar als Saubermänner der Nation, bereit, die Gewalt auf der Straße einzudämmen.


Seppensen zeigt den Vorteil von VVN-BdA und VVdN-BdA: Jung und Alt

Dem Vortrag von Thomas folgte eine interessante Diskussion zur Rolle der Frau in neofaschistischen Gruppen, zu internationalen Vernetzungen, zur Subkultur, zur Verbotsfrage, mit vielen lokalen Beispielen. Die Rolle faschistischer Gruppierungen in der Folge einer entscheidenden Niederlage der Linken wurde am historischen Beispiel von 1923 beleuchtet. Einig waren sich die KonferenzteilnehmerInnen weithin, dass ein formales Verbot einer faschistischen Gruppierung selbst völlig unzureichend sei, dass die Auflösung im gleichen Zuge erfolgen muss, um eine Umgruppierung wenigstens zu behindern. Alle Erfahrungen belegen aber die Notwendigkeit eines Verbots. In einem sehr anschaulichen Vortrag zeigte Michael Quelle auf, wie in Stade der neofaschistische Charakter des Stahlhelm entschleiert werden konnte und welche Möglichkeiten in einer konsequenten Öffentlichkeitsarbeit liegen. Die Auflistung von allgemeinen öffentlichen Zugangsquellen zu konkreten Informationen wurde zur wesentlichen Information für alle Beteiligten. Daran schloss sich die Frage an, wie man sich bei Recherchen vor einer Ausspähung durch Neofaschisten schützen könne. Es folgten Schilderungen zur Auswirkung des Treibens der Anti-Antifa (Beispiel Elmshorn) und einer breiten demokratischen Gegenwehr.

Im Mittelpunkt der Diskussion am Sonntagmorgen standen die Thesen des Kameraden Ludwig Elm. Herbert Breidbach hatte es übernommen, den wesentlichen Diskussionsverlauf in Bremen nachzuzeichnen. Dabei ging es um die parteiübergreifendeAussage des Antifaschismus, dass es keinen zwangsläufigen Weg zu einer faschistischen Herrschaftsform gibt. Eine antifaschistische Haltung und antikommunistische Denkweise können bei manchen Opfern des Faschismus durchaus gegeben sein. Dabei wurden der fortbestehende Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD von 1948 ebenso berührt wie die Verletzung der Gesetzlichkeit in Ost und West.

Einig waren sich die KonferenzteilnehmerInnen darin, dass die Geschichte der Jahre 1945 bis 1990 nicht ohne die Geschichte des Kalten Krieges und die Wechselwirkung der Systemauseinandersetzung zwischen BRD und DDR aufgearbeitet werden kann.

Die 5. Nordkonferenz endete mit der Verabschiedung eines dringenden Appells an den Hamburger 1. Bürgermeister Ortwin Runde, einen provokativen Aufmarsch der NPD am 27. Januar in Barmbeck nicht zuzulassen. In einer Blitzauswertung bekundeten die jüngeren und zum ersten Mal vertretenen TeilnehmerInnen, dass für sie die Nordkonferenz eine Fülle von Informationen und neuen Erfahrungen erbracht habe. Festzuhalten bleibt, dass eine 6. Nordkonferenz nicht allzu lange nach dem Zusammenschluss der beiden antifaschistischen Verbände stattfinden möge, und ein regionales Vorstandstreffen der beteiligten Länder vorher erwünscht ist.

Raimund

Motschmann und kein Ende

Er hat einen unrühmlichen Ruf als erzkonservativer protestantischer Geistlicher. Jens Motschmann, geboren am 1942 in Berlin, ist seit 1987 Pfarrer der St. Martini-Gemeinde in Bremens Mitte. Und seitdem hat Bremen ein Problem. 1971 heiratete er Elisabeth Charlotte Baronesse von Düsterlohe, die jetzige CDU-Staatssekretärin. Die gesamte Familie Motschmann (Bruder Klaus und Bernd und Frau Elisabeth) tauchen immer wieder in Verbindung mit rechtslastigen Organisationen auf (Weikersheim, Brüsewitz-Zentrum oder Junge Freiheit).

Seine Äußerungen hinsichtlich des Werteverfalls der Evangelischen Kirche hatten ihm im November 1998 den "Ordnungsruf" durch den Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche (EKD), Manfred Kock, eingebracht. Durch den Vorwurf der Linkslastigkeit der Evangelischen Kirche und die damit verbundene Forderung nach einer 'Notsynode' sah sich Kock an düstere Zeiten erinnert. Der Ruf nach einer 'Notsynode' und einer 'Bekennenden Kirche' konservativer Christen *"sei gespenstisch, weil sie die Situation aus Nazi-Deutschland auf heute übertrage"*, meinte Kock.

Das sich die EKD auch Themen wie Homosexualität oder Bibelkritik öffne, wird von den rechten protestantischen Kirchenkreisen als Werteverfall und nicht als notwendige Erweiterung gesehen. Diese nicht gerade von Toleranz geprägte Haltung hat eine historische Vorgeschichte. Mitte Oktober 1965 gab die "Kammer der EKD für die öffentliche Verantwortung" die Denkschrift «Über die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn» heraus. Eines der Memoranden dagegen kam genau ein Jahr später von Jens Motschmann. Unter dem Titel: «Kritik an einer evangelischen Denkschrift - über die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn» brachte er ein Schriftstück heraus. Im Herbst 1966 wurde die «Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland» (ENID) gegründet. Eine Reihe der Vorstandsmitglieder stehen der NPD sehr nahe. Viele sind in Vertriebenenverbänden tätig.

Im Vorfeld der Kandidatenauswahl um die Nachfolger des Bischofs von Holstein-Lübeck im März 2001, meldete sich auch Jens Motschmann zu Wort. Er warf der Querdenkerin Bärbel Wartenberg-Potter vor, die ägyptische Göttin Selket zu verehren. Die Synodalpräsidentin Elisabeth Lingner zeigte sich entrüstet über eine so unchristliche Kandidaten-Demontage.

Im September 1999 griff Jens Motschmann die Evangelischen Landeskirchen direkt an. Sie würden die Theologie mit "Sozialismus, Feminismus und mit Einflüssen anderer Religionen" vermischen, sagte er in seiner Funktion als Vorsitzender des «Bundes gegen den Kirchensteuermissbrauch». Wie viel Kirchensteuern verbraucht er, wenn er die Treffen der ENID in den Gemeinderäumen "seiner" Kirche abhält?

Weiter ging es mit seinen Hasstiraden, als er Michel Friedman (CDU), Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden, eine "brutale Sprache" vorwarf. Friedman hatte in seiner Rede im letzten Jahr am Landhermamt zur Reichspogromnacht, von "350 Schlägen in Schönbohms Gesicht" gesprochen. Es war eine Reaktion auf die verächtlichen Worte von Brandenburgs Innenminister, Jörg Schönbohm (ebenfalls CDU), der Aktionen wie in Berlin (über 250.000 Teilnehmer) als "Kerzenprozession" titulierte, die keinen Rechtsradikalen beeindrucke.

Motschmanns letzte Entgleisung war die Diskussion um die Umbenennung der Karl-Marx- und Friedrich-Engels-Straße. Er bezeichnete sie als Vertreter eines «inhumanen, rassistischen und antisemitischen Gedankengutes». Er führt als "Beweis" Textpassagen aus den Werken beider auf, in denen u.a. Ferdinand Lassalle, Gründer der SPD, als "jüdischer Nigger" verhöhnt wird.

Sicherlich findet er in seiner umfangreichen Luthersammlung auch den Passus, in dem Luther gegen die Kämpfer der Bauernkriege wettert. Hier ein kleiner Auszug: *"Ein aufrührerischer Mensch ist in Gottes und kaiserlicher Acht. So dass wer ihn am schnellsten würgen kann und mag, recht wohl daran tut. Drum soll er zuschlagen, stechen, heimlich wie öffentlich, wer nur kann. (...) So wie man einen tollen Hund totschlagen muss."* Ob er jetzt seine Soutane in die Ecke schmeißt, weil sein "Lehrherr" zum Morden aufgerufen hat?

Eines wird klar, Jens Motschmann hat arge Probleme mit Menschen, die nicht rechts sind. Er ist intolerant, borniert ur unchristlich. Für ein pastorales Amt ist er völlig ungeeignet. Das sage ich als Konfessionsloser.

Gerold

Aktionstag am 17.03.2001 in Weyhe

Unter dem Motto *"Wir Weyer: Für Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit"* ist **am Samstag, den 17.03.01** ein groß angelegter Aktionstag geplant.

Ab 10:00 Uhr ist Sammeln auf dem Weyher Marktplatz, dort findet eine Anfangskundgebung statt.

Um 10:30 Uhr wird dann bis zum Weyher Rathaus marschiert, wo eine Abschlusskundgebung mit prominenten Rednern vorgesehen ist.

Ab 12:30 Uhr wird sich ein Kulturfest in der Mehrzweckhalle am Rathaus anschließen. Dort wird durch Informationstafeln über die Situation der Rechten in Weyhe aufgeklärt und auf der anderen Seite werden ausländische Mitbürger aus Weyhe vorgestellt. Es gibt Tanz und Musik aus anderen Ländern und ein buntes kulinarisches Angebot aus verschiedenen Kulturen.

Ebenfalls in der Mehrzweckhalle wird **ab 19:00 Uhr** ein Rockkonzert verschiedener lokaler Bands unter dem Titel *"(Auf)MUKKE(n) gegen RECHTS"* stattfinden. Interesse haben bekundet: ?YELL!, Beatless, Practical Joke. Weitere Bands wurden angefragt. Im Vorprogramm werden einige vielversprechende Schülerbands auftreten.

Die **neue Neofaschismus-Ausstellung** der VVN-BdA wird an diesem Tag gezeigt.

"böhse onkelz" in Bremen

Am 09. März treten in der Stadthalle die "böhsen onkelz" auf. Es handelt sich um ein Benefiz-Konzert für die Opfer rechter Gewalt. Der erste Termin im Dezember 2000 musste abgesagt werden, da sich ein Bandmitglied schwer verletzte. Die Ausländerbeauftragte hatte die Schirmherrschaft übernommen, dies löste eine hitzige Diskussion aus, inwieweit sich die Band von ihren neonazistischen Texten distanziert hat. Vielleicht haben sie ‹ wirklich. Was wie schlechter Witz klingt, soll der Versuch sein, latent gefährdete Jugendliche wieder auf den "Pfad der Tugend" zu führen. Das der Erlös denen zugute kommt, die Opfer von denen geworden sind, die mehr von den Texten angetan sind als von der Musik, mag es glauben machen. Ich bin immer noch skeptisch.

Die Frage ist auch, wie publikumswirksam ein Benefiz-Konzert ist. Die Möglichkeit, dass es eher ein "Angriff" auf die Portemonnaies einer anderen Zuhörerschaft ist, besteht.

Im Vorfeld findet am 08. März im "swutsch" eine nichtöffentliche Talk-Show statt, zu der wir eingeladen sind. Die Moderation wird Prof. Dr. Gerhard Leuthäuser übernehmen. Es ist eine nichtöffentliche Veranstaltung, da sonst, so das Büro der Ausländerbeauftragten, die Gefahr besteht, dass ausschließlich die "Läuterung" Thema sein würde.

Gerold

Historisches erhalten

Die Geschichtswerkstatt Gröpelingen hatte zum Protest eingeladen und der Gemeindesaal der Andreas-Kirche an der Danziger Straße war voll besetzt. Eröffnet wurde der Protest mit einem Videofilm. Der Film ist eine gemeinsame Arbeit von Radio Bremen und dem Lehrer i.R. G. Reichard. Vom Haus Hohenzollern (Sielers Ballhaus) bis zum Haus der "Robert-Stamm- Haus-Genossenschaft" wird die hundertjährige Geschichte dieses Hauses dargestellt.

Als Gröpelingen noch ein Dorf war, wanderte das Bremer Jungvolk zum Tanzen nach Bremen zu dem attraktiven Ballsaal. Im ersten Weltkrieg wurde das Haus ein Lazarett. Die A.G. Weser und die Hafenanlagen hatte hier mehrere Wohnquartiere entstehen lassen und Sielers Ballhaus wurde der Treffpunkt für die Jugendorganisationen von SPD und KPD. An den Wochentagen wurde volksgetanzt und Sonntags wurde das Tanzbein nach Klängen der Hauskapelle geschwungen. Beim Walzer und Tango wurden manche Ehen geschlossen, das bestätigten mehrere Teilnehmer.

1933 verliert Sielers Ballhaus seinen harmonischen Charakter. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wird das Haus ein Standort der Marine. Diese baut auf dem freien Gelände nebenan einen Speisesaal für etwa 300 Personen mit einer Küche. Das Haus wurde bei einem Luftangriff völlig ausgebrannt und der Saal restlos vernichtet. Bekanntlich schlossen sich Antifaschisten aller politischen Richtungen zur "Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus" (KgF) zusammen. Die Gröpelinger Antifaschisten erwerben Sielers Ballhaus, es soll ein kultureller Treff werden. Es wurde eine Genossenschaft gegründet, diese wurde mit dem Namen: Robert-Stamm ausgezeichnet. Robert Stamm war Leiter der KPD Weser-Ems und Bremer Reichtagsabgeordneter. Er wurde 1937 von den Nazis hingerichtet.



Wo jetzt noch REWE ist, war früher das "Robert-Stamm-Haus"

Die Genossen sammelten nun Stein auf Stein aus den Trümmern. Der erste Raum im Keller wurde an Emil Wels vermietet. Er röstete die Portionen Kaffee, die die Hafenarbeiter brachten. Später wurden zwei Einliegerwohnungen fertiggestellt, die zu erheblichen Verbesserungen des Haushaltes beitrugen. Nach Gründung der Bundesrepublik wurde viel beschlagnahmtes Eigentum den Nazis zurückgegeben. Auch die KPD musste die Häuser am Waller Ring zurückgeben.

Die KPD zog einfach in das Haus der Genossenschaft in der Lindenhofstraße ein. Sie zahlte natürlich auch Miete. Das KPD-Haus im Buntentorsteinweg gehörte vor 1933 auch einer Genossenschaft.

1953 beschloss die Bremische Bürgerschaft, die Entschädigung an die "Robert-Stamm-Haus- Genossenschaft" zu zahlen.

Die Genossenschaft überwies sofort das Geld an die KPD. Auf Grund dieses Aktes wurde das Gebäude in der Lindenhofstraße 13 im Jahr 1956 als KPD-Eigentum beschlagnahmt. Die Klage wurde selbst vom Bundesverwaltungsgericht abgewiesen.
Aber jetzt geht es um den Erhalt der Fassade dieses kulturhistorischen Gebäudes. Die Anwesenden verpflichteten sich, sich für dieses Ziel einzusetzen. Über diese letzten Ereignisse berichtete der ehemalige Protokollführer der Genossenschaft

Willy Hundertmark.

Lüge

Für ein serbisches Massaker an albanischen Zivilisten im Kosovo-Dorf Racak gibt es keine Beweise. Herr Scharping verbreitete vehement die Lügen, obwohl es schon damals gegenteilige Hinweise gab. Dieses "Massaker" war kriegsauslösend für die NATO. Was folgt nun daraus? Entschuldigt sich die NATO oder die deutsche Regierung bei den Serben? Leistet sie Widergutmachung und Reparationszahlungen an die Serben? Oder freuen sich Scharping und Fischer, dass ihre Lügen erst nach erfolgreicher Bombardierung und massiver Einmischung in innere Angelegenheiten Jugoslawiens öffentlich werden und gehen zur Tagesordnung über? Diese Selbstgerechtigkeit passt zu Waffengeschäfte mit der Türkei, Verstrahlung der eigenen Soldaten und Versuchung von Land und Leuten, die man doch schützen wollte.

Eva Böller



IG-Metall gegen Faschismus

Dieses Plakat ist bei der IG Metall in den Größen DIN A4 und DIN A3 erhältlich. Das gleiche Motiv ist auch als Button lieferbar.

Die IG Metall führt am **21. März** in der ganzen Bundesrepublik den "Aktionstag gegen Rassismus" durch. Auch in Bremen sind an diesem Tag Aktionen geplant. Was genau ablaufen soll, war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Nähere Informationen zu den geplanten Veranstaltungen sind telefonisch unter der Telefonnummer 0421-33559-0 oder im Gewerkschaftshaus am Bahnhofsplatz 22-28 zu erhalten.

Woche der Brüderlichkeit

Auf jüdischen Spuren in Bremen

Am **02., 04. und 09. März** gibt es jeweils um **15:00 Uhr** einen Stadtrundgang mit Jeanette Jakubowski. Treffpunkt ist die Propsteikirche St. Johann im Schnoor.

Zentrale Eröffnung der "Woche der Brüderlichkeit"

In der Oberen Halle des Alten Rathauses findet am **04. März um 10:00 Uhr** die zentrale Eröffnungsveranstaltung zur "Woche der Brüderlichkeit" statt. Neben Henning Scherf wird auch Landesrabbiner Dr. Henry Brandt sprechen. Laudator ist Campino von den "Toten Hosen".

Eva Seligmann - Erinnerungen an eine streitbare Pädagogin

Am **Mittwoch** den **07. März** findet um **20:00 Uhr** in der Jüdischen Gemeinde, Schwachhauser Heerstraße 117, eine Lesung mit musikalischer Begleitung von "Eva Seligmann - Erinnerungen an eine streitbare Pädagogin" statt.

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Internet: http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-61 12 62 (Willy Hundertmark) oder 0421-61 63 215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich an dem letzten Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 05. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Mehr Links

Die neuen "Bremen Links" auf den Internet-Seiten der VVN-BdA Bremen erfreuen sich bereits jetzt großer Beliebtheit. Sie ermöglichen den unkomplizierten Zugriff auf alle im weitesten Sinne fortschrittlichen politischen Parteien, Organisationen, Gruppen usw., bzw. auf Informationsangebote in unserer Stadt. Wir haben jetzt diverse weitere Links, sowie zusätzliche Rubriken geschaltet. Folgende Unterpunkte haben wir zur Zeit eingerichtet:

Parteien - Linke Gruppen - Gewerkschaften - Jugend - MigrantInnen - Frauen - Frieden & Abrüstung - Schwule/Lesben/Bisexuelle - Information & Bildung - Kirchen - Institutionen - Medien. Einfach mal ausprobieren: www.vvn-bda.de/bremen

Neu im Netz

«Der Rechte Rand» ist eine zweimonatlich erscheinende Zeitschrift, die die rechte Szene sehr genau beobachtet und die Ergebnisse publiziert. Die rechte Szene geht von rechts-konservativ bis neofaschistisch-militant. Anfangs war es für AntifaschistInnen in Niedersachsen konzipiert. Schon ab dem achten Heft wurde der angesprochene Kreis auf die ganze Bundesrepublik ausgedehnt.

Sechs Ausgaben kosten im Abo 20,- DM (Inland) bzw. 25,- DM (Ausland). Das Einzelheft ist für 3,- DM zu bekommen. (Der Rechte Rand - Postfach 1324 - 30013 Hannover - Postgirokonto Hannover - Bankleitzahl 25010030 - Kontonummer 445586-301)

«Der Rechte Rand» ist neuerdings unter www.der-rechte-rand.de im Internet zu erreichen. Neben der aktuellen Ausgabe ist eine Suchoption für das Archiv der älteren Heften enthalten. Schaut Euch die Seiten an, es lohnt sich immer. Das neue Heft (Nr. 68) enthält unter anderem folgende Themen:

NS-Zwangsarbeit - "Deutsche Leitkultur" - Abschiebung in Privatjets - Historiker im Nationalsozialismus - Rechtes Völkerecht - Burschenschaften - "Sigil" und "Zinnober" - "Schwarze Sonne" - Kommunale Patenschaften mit Vertriebenenverbänden

Geburtstage im März 2001

Hartmut Drewes	11.03., 62 J.
Tilla Hundertmark	22.03., 86 J.
Heinz Federmann	26.03., 69 J.
Ernst Steinhoff	28.03., 62 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand